

Französische Bücher Französische Zeitschriften

Notieren Sie deshalb als Ihre Buchhandlung für alle
französischen Veröffentlichungen

Dokumente-Verlag
76 Offenburg

Der DOKUMENTE-VERLAG steht allen Lesern der »DOKUMENTE« zur Lieferung französischer Bücher und Zeitschriften zur Verfügung. Der Verlag besorgt jedes lieferbare Werk aus dem französischen Sprachraum. Ständig etwa 15 000 Titel auf Lager. Fortsetzungen von Serien und Zeitschriften werden gewissenhaft geliefert.

Auf Ihre Bestellung freut sich

Dokumente-Verlag Ruppert Schmidt

Import-Export-Buchhandlung

Postfach 1340

7600 Offenburg

Fernruf: (07 81) 27 42

DOKUMENTE

Zeitschrift für
übernationale
Zusammenarbeit
32. Jahrgang 1976

Heft 4

Inhalt

Dreißig Jahre Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit

Hermann Josef Russe	257
Ministerpräsident Hans Filbinger	260
Senatspräsident Alain Poher	262
Joseph Rován	263
Franz Ansprenger	268
François Bourel	270

Hauptaufsätze

Daniel Colard	Neues Puzzle in der französischen Politik	271
Bernard Plongeron	Traditionalisten im französischen Katholizismus	278

Berichte

Fred Viebahn	Amerikareise junger deutscher Schriftsteller	285
Marianne Schott	„Ich glaub', es war ein gutes Jahr“	289

Eurokommunismus – Gefahr oder Chance?

Heinz Timmermann	Kommunisten im Wandel	291
André Laurens	Die Farben Frankreichs	295
Alberto Ronchey	»Hinwendung zum kritischen Geist«	297
José Vidal-Beneyto	Gelernt aus der Geschichte	301
Arnold Hottinger	Sonderfall portugiesische KP	305

Literatur

Ulf Örnkloo	Gesellschaftliches Engagement	311
-------------	-------------------------------	-----

Das Porträt

Nike Wagner	Pierre Boulez	321
-------------	---------------	-----

Kritik

René Wintzen	Konfrontation mit der Jugendzeit	327
Klaus-U. Ebmeyer	Die Kunst der Mittler	328
Peter Coulmas	Bilanz eines Europäers	330
Rudolf Ströbinger	Die Schweigenden erheben die Stimme	331
Peter Jokostra	Ballade aus Peru	333
Bernd Batt	Antipädagogik	334
Hanne-Lore von Canitz	Naive Maler — Schnee vom vergangenen Jahr?	335

wände gegen sie vorbringen konnte. Wie passen solche Ansichten z. B. zur 30jährigen Verurteilung der Anhänger des Atlantischen Bündnisses? Und wenn der Revisionismus im Osten vom Warschauer Pakt zerschmettert werden kann, während es im Westen möglich ist, Eurokommunismus im Schatten der Nato zu erproben, wo gibt es dann Gerechtigkeit in dieser Welt?

Der Glaube der Basis

Aber mehr noch als Worte und Absichtserklärungen werden die objektiven Verhältnisse der nahen Zukunft entscheiden: z. B. die Machtverhältnisse; die bedingten Reflexe der traditionellen Parteimaschine der Kommunistischen Partei Italiens; der Glaube der Militanten an der Basis an die Mythen der UdSSR; und die besondere Situation der italienischen Krise. Man sollte z. B. fragen, was im Falle einer dramatischen Spannungskrise geschehen würde, wenn die Kommunistische Partei Italiens an der Regierung beteiligt wäre. Was würde vorherrschen: die „wohlwollende Haltung“ gegenüber der UdSSR, die unter dem Fußvolk der Kommunistischen Partei Italiens noch weitverbreitet ist, oder die vernünftige Sorge um das europäische Gleichgewicht? La Malfa hat diese Frage so formuliert: „Wird der autonomistische Geist in der Kommunistischen Partei Italiens sie davon überzeugen, Veränderungen im internationalen Gleichgewicht, die für die UdSSR von Vorteil, aber für Italien gefährlich sind, zu bekämpfen? Wie würden die italienischen Kommunisten angesichts einer schwierigen Situation reagieren, wenn z. B. Jugoslawien — nach dem Tode Titos — unter die Herrschaft der UdSSR fallen würde?“⁵⁾

Manchmal geben die Führer der italienischen Kommunisten zu, daß es noch einen bedingten prosovjetschen Reflex an der Basis der Partei gibt, und man fragt sie, was im Falle einer baldigen Spannungskrise geschehen würde. Als Antwort sagen sie dann, sie hoffen, daß es kurzfristig keine Krise in der europäischen Entspannung geben werde. Giancarlo Pajetta zum Beispiel antwortet: „Gewisse Wege, wie z. B. die Wege Gottes sind lang. . . Es ist daher notwendig, auch zu sehen, wie sich dieser große Apparat, die Kommunistische Partei Italiens, bewegt. . . Natürlich sollte das Tempo schnell sein, aber doch so, daß es von vielen, wenn schon nicht von allen, gehalten werden kann.“⁶⁾

⁵⁾ Das Interview wurde der *Corriere della Sera* am 30. Mai 1976 gegeben.

⁶⁾ *Ibid.*

Somit hängt die Entspannung einerseits vom Gleichgewicht der Kräfte ab, nicht nur vom militärischen, sondern auch vom politischen Gleichgewicht, und das könnte durch die Präsenz der Kommunistischen Partei Italiens in der italienischen Regierung gefährdet werden; und andererseits könnte die Kommunistische Partei Italiens es in einer Zeit der Spannungskrise bequemer finden, einem gefährlichen prosovjetschen Druck nachzugeben, der dann ausschlaggebend sein könnte für eine Bedrohung des Gleichgewichts. Es ist ein Teufelskreis, der nicht gebrochen werden kann, ohne einen politischen Preis zu zahlen: die beschleunigte Evolution der Kommunistischen Partei Italiens.

Doktrin der „begrenzten Souveränität“

Wenn über eine mögliche amerikanische Einmischung in Italien, über die Doktrinen des Gleichgewichts und der „Legitimitäts“-Systeme, wie sie schon von Henry Kissinger in „A World Restored“ erläutert wurden, diskutiert wird, verhalten sich die Kommunisten häufig zweideutig. Sie übersehen, daß, falls die Analogie zwischen der gegenwärtigen Situation und dem Wiener Kongreß gilt, Kissinger noch lange kein Metternich ist. Nach der Logik von Yalta und dem Status quo, der bei der Konferenz von Helsinki gepriesen und bestätigt wurde, paßt der Part Metternichs eher auf Breschnew und die Rolle Castlereaghs auf Kissinger.

Heute agiert Moskau wie Wien damals; es besteht stur auf der Unveränderlichkeit der Grenzen, führt regelmäßig militärische Interventionen innerhalb seines Einflusses durch und greift nach jeder nur möglichen Bestätigung des Status quo seit Yalta und danach. Im Gegensatz dazu übernehmen die Vereinigten Staaten, zumindest seit ihrer „Verinselung“, die auf die Kissinger-Diplomatie zurückzuführen ist, die Rolle Großbritanniens von anno dazumal. Die Konferenz von Dresden, die 1968 den Weg für die bewaffnete Intervention in die Tschechoslowakei Dubceks ebnete, glich den gefeierten Konferenzen von Troppau und Lubiana (1820 und 1821), die den Weg für eine österreichische Intervention freimachten, wo immer man versuchte, liberale Reformen einzuführen. Jedes Jahrhundert hat seine Doktrin der „begrenzten Souveränität“: die gegenwärtige Form des supranationalen Legitimitäts fordert den „proletarischen Internationalismus“ anstelle von einer „Solidarität der Throne“, aber sie drückt eine historische Unsicherheit aus, die der der

Habsburgischen Macht doch recht ähnlich ist. Die neue kontinentale Landmacht, die übergroß und damit anfällig ist, interveniert auf ähnliche Weise: in Ungarn verurteilt sie Nagy zum Tode, sobald er auch nur die Möglichkeit erwähnt, den Warschauer Pakt zu verlassen; in der Tschechoslowakei eliminiert sie Dubcek, bevor er jemals soweit gelangt, einen solchen Vorschlag zu machen. Eine globale „See“-Macht hingegen — fähig, flexible und veränderliche Funktionen auszuüben — kann es sich leisten, das Verhalten gewisser Regierungen gegenüber dem Bündnis zu tolerieren, etwa als Frankreich und Griechenland aus der NATO austraten; in der Tat kann sie sich gelegentlich sogar von ihren Verbündeten trennen wie im Falle Israels im Konflikt mit Ägypten oder Japans in der Frage der Beziehungen zu China.

Aber eine kontinentale Weltmacht kann sich nicht einmal teilweise isolieren. Die Vereinigten Staaten können es teilweise, ähnlich Großbritannien im letzten Jahrhundert, und gemäß der Kissinger-Doktrin der „selektiven Bindungen“ haben sie es auch getan. Für eine globale „See“-Macht ist die Okkupation eines Territoriums „unnatürlich“, was sich ja auch an der Verwicklung in Vietnam zeigte, abgesehen vom Widerspruch zwischen Unternehmungen dieser Art und einem liberalen politischen System.

Aber für die „Insel-Macht“ bleibt eine wesentliche Bedingung: das Gleichgewicht der Kräfte darf nicht verändert werden. Wenn schon in Osteuropa alles so bleiben muß, dann warnen die Vereinigten Staaten davor, daß schon die Tatsache einer Veränderung in Westeuropa, so etwa im Falle eines Wechsels in Italien, zu einer Krise des Gleichgewichts führen könnte.

Die Vereinigten Staaten wissen, daß, gemäß den derzeitigen sowjetischen Führern, der Status quo in Osteuropa für die UdSSR lebenswichtig ist und daß eine Änderung eben dieses Status quo die Gefahr eines Konfliktes in sich bergen würde. Aber die Vereinigten Staaten warnen ebenso davor, daß das Gleichgewicht, auf dem die Entspannung ruht, gefährdet würde, wenn bei Fortbestehen des Status quo in Osteuropa der Status quo Westeuropas aufgehoben würde. In der Regel wird bei der Forderung nach einem „dynamischen Konzept der Entspannung“ vergessen, daß die UdSSR hier das größte Hindernis ist, indem sie das dynamische Konzept der Entspannung in Europa durch die tschechoslowakische Episode, wenn nicht schon durch die frühere ungarische Episode, annullierte. Auf jeden Fall muß eine dynamische Entspannung, die eine Auflösung der Blocks anstrebt, Verän-

derungsprozesse auf den beiden Seiten zulassen. Wenn also der Status quo nur auf einer Seite verändert wird, dann ist es sinnlos, auf die Segnung der anderen Großmacht zu hoffen. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden die Vereinigten Staaten den Entwicklungen in Italien keine wesentlichen Hindernisse in den Weg legen, immer vorausgesetzt, daß die Krise nicht in gewalttätigen Kampf ausartet, aber niemand sollte überrascht sein, wenn Washington eine Warnung ausspricht, wenn auch nur für eventuelle künftige Anlässe.

Man kann einwenden, daß Washington seit der Kissinger-Sonnenfeldt-Doktrin die Argumente der Sowjetunion und die Tendenz, den Status quo in Osteuropa um jeden Preis zu bewahren, zu leicht akzeptiert. Man kann behaupten, daß die Methoden Metternichs in der Geschichte nicht überlebt haben, daß auf 1815 das Jahr 1848 folgte. Man weist daraufhin, daß zwischen diesen beiden Ereignissen 33 Jahre liegen und daß jetzt 33 Jahre seit Yalta vergangen sind. Aber im Atomzeitalter lautet die Frage, ob ein zweites '48 wünschenswert ist.

Gelernt aus der Geschichte

José Vidal-Beneyto, 1929 geboren, Professor für Soziologie an der Universität in Madrid und an der Sorbonne in Paris, Gastprofessor an amerikanischen Universitäten, Präsident der Forschungsgruppe für Massenkommunikation. Unabhängiger Sozialist. 1962 organisierte er die erste Begegnung der gesamten spanischen demokratischen Opposition in München. Vorstandsmitglied der spanischen Vereinigung für europäische Zusammenarbeit und der europäischen föderalistischen Bewegung in Spanien. Zahlreiche Publikationen.

Die Geschichte und Entwicklung der Kommunistischen Partei Spaniens helfen uns dabei, ihre Art und Funktion innerhalb des Eurokommunismus zu verstehen. Unserer Meinung nach sind ihre Differentialfaktoren folgende: Die PCE ist, als Gruppe gesehen, eine junge Partei, denn ihre Anzahl und ihre öffentliche Präsenz beginnen sich erst 1936 hervorzuheben. Aber sie ist auch jung hinsichtlich der Kämpfer,

da das Durchschnittsalter derselben, gemäß der Aussagen ihres Generalsekretärs, weit unter 40 Jahren liegt.

Die PCE hat in ihrer Vergangenheit keine Figuren von der historischen Relevanz eines Gramsci, eines Togliatti oder eines Maurice Thorez aufzuweisen, die heute noch auf ihre ideologischen Formulierungen oder ihre politischen Stellungnahmen Druck ausüben würden, was ihr große Flexibilität gestattet.

Die PCE ist eine Partei, die gewachsen ist und die sich konsolidiert hat in der Verborgenheit und im Kampf gegen den „Frankismus“, was wirksam den demokratischen Zentralismus und die hierarchische Kooptation rechtfertigt, sie wurde dadurch viel mehr zur Aktion und zu den konkreten täglichen Zielen gedrängt als zur theoretischen Reflexion und kritischen Kontrastierung.

Die PCE, die man die Partei der Arbeiterklasse nennt, und sicher ist sie es auch mehr als jede andere, hat ihre Rekrutierung auf immer weitere Bereiche des kleinen und mittleren beruflichen Mittelstandes ausgedehnt, Lohnempfänger und Intellektuelle, und in ihren Vorständen und in den Provinzausschüssen, in der Zentrale und in der Exekutive, sind die Vertreter dieser sozialen Klassen zahlreich vorhanden.

Die Verwurzelung mit der Sowjetunion bis Ende der fünfziger Jahre, vor allem während des Bürgerkriegs, und die Rivalitäten und Kämpfe mit anderen Parteien und Formationen der Linken zwischen 1936 und 1939 — insbesondere Trotzisten und Anarchisten — riefen eine Haltung des Argwohns und der Verdächtigungen gegenüber der PCE hervor, die heute noch auf einigen Sektoren weiter fortbesteht.

Das Fehlen — aus einleuchtenden Gründen — eines Curriculums legaler öffentlicher Aktivitäten, und was noch hinzukam, der Mangel an Erfahrungen mit der demokratischen Macht — da ihr Wirken während des Bürgerkrieges, gerechtfertigt oder nicht — nur als Gegenfigur diente — bewirkte es, daß die PCE kein solch hohes soziales Ansehen genießt, wie es bei der gleichnamigen italienischen Partei der Fall ist. Der Pragmatismus der PCE und ihr Wille, sich der Realität des Landes einzuverleiben, haben sie dazu gebracht, weiter als der Dialog Marxismus-Christentum und die problematische theoretisch-ideologische Konvergenz beider zu gehen, die Einbeziehung von Christen in die Partei zu fördern und ihnen sperrangelweit die Türen zu öffnen. Santiago Carrillo hat mehr als einmal gesagt, daß die Tatsache Christ zu sein die Mitglieder der spanischen PC keiner Möglichkeit

beraubt, nicht einmal der, Generalsekretär zu sein. Und in der Tat findet man im Zentralkomitee und in der Exekutive praktizierende Katholiken, sogar einige Geistliche, und der bekannte Denker und militante Christ Alfonso Carlos Comin war einer der großen Protagonisten bei dem öffentlichen Treffen, das das Zentralkomitee der PCE im Juli dieses Jahres in Rom veranstaltete.

Die Kommunistische Partei Spaniens hat fast bis zur Erschöpfung den öffentlichen Raum des historischen Sozialismus in Beschlag genommen, sowohl hinsichtlich der Ziele wie auch im Blick auf die Mittel und Verfahren. Die Massenaktion, von den „founding fathers“ des spanischen Sozialismus zum Liebling erklärt, und der „socialismo en libertad“, den, in anderer Weise Julián Basteiro so eingehend verkündete, sind heute die beiden großen Themen des hispanischen Eurokommunismus. Dieserhalb haben einige Analytiker versucht, diese „Involution“ durch den ursprünglichen Sozialismus von Carrillo zu erklären, dem Sohn des Wenceslao Carrillo, einem großen Führer der PSOE und er selbst verantwortlich für die sozialistische Jugend 1936. Aber darum handelt es sich nicht, sondern um die humanistische Perspektive; es scheint, als ob die PCE unwiderruflich, und zwar aus folgenden Gründen, nämlich: des objektiven Fehlens einer revolutionären Instanz, einer reformatorischen Mäßigung der spanischen Arbeiterklasse, der Anfechtung des sowjetischen Modells und der daraus folgenden Konfrontation mit der UdSSR, ihren Verzicht auf die Gewalt im politischen Kampf zum Ausdruck bringe: schrittweiser Übergang zum Sozialismus, Identität von Sozialismus und Demokratie, politischer Pluralismus und sozialer und ökonomischer Pluralismus als Prüfsteine für eine sozialistische Realität etc.

Ein nationaler Pakt

Die Niederlage im Bürgerkrieg und die gelegentlich dramatischen Konfrontationen zwischen Parteien und Kräften der Gewerkschaft innerhalb des republikanischen Lagers, für die — berechtigt oder nicht — vor allem die PCE angeklagt wird, haben in ihr einen ausgeprägten Sinn für die Notwendigkeit entwickelt, die Bemühungen im antifrankistischen Kampf durchzuspielen und sind auch einer der entscheidenden Gründe für die Einheitsbestrebungen der Kommunistischen Partei gewesen. Vielleicht sollte der Wille zu einer demokratischen Legitimierung

erwähnt werden, die nur mittels Einbeziehung der PCE in die Kräfteverbindungen erreicht werden kann, in denen die Parteien vertreten sind, die geschichtlich die demokratischen „Patentrezepte“ innehaben: liberale, sozialistische, christlich-demokratische usw.

Aber im Hintergrund all dieser Argumente, so glauben wir, befindet sich das frühzeitige Erkennen, daß die Eroberung und die Konsolidierung der Demokratie und des Sozialismus einen nationalen Pakt erforderlich machen, der die Grundmauern bildet für diesen mehrheitlichen Kräfteaufbau; ohne sie ist jeder Sieg unmöglich oder bestenfalls kurzlebig.

Dieser nationale Pakt ist die frühzeitige spanische Version des „compromesso storico“, den die PCE im August des Jahres 1941 schüchtern lancierte mit der Schaffung des „Bloque Nacional Antifranquista“ — im Angesicht des „Bloque mundial de los enemigos del Hitlerismo“ (Weltweiter Zusammenschluß der Feinde des Hitlerregimes) in Europa —, und viel präziser und durchschlagender einige Monate später mit dem Appell des Zentralkomitees zur Schaffung der „Nationalen Union“ aller spanischen Demokraten. In der Zusammenkunft in Grenoble im Mai 1942 schlägt die PCE die Schaffung einer

Regierung mit breiter Koalition vor, an der alle demokratischen Kräfte teilnehmen sollten, einschließlich derer, die, nachdem sie an dem militärischen Aufstand 1936 teilgenommen hatten, für die Demokratie arbeiten wollten. Die Aufgabe dieser Regierung würde darin bestehen, freie Wahlen auszurufen für eine verfassungsgebende Kammer, die dem Volk die Souveränität zurückgeben und die Demokratie in Spanien organisieren sollte. Richtig ist festzuhalten, daß die Politik der „nationalen Versöhnung“ der spanischen Kommunisten von damals herrührt und daß ihr Entwurf des spanischen Weges zur Demokratie sich nicht verändert hat — mit Ausnahme der sechsjährigen Guerillero-Erfahrung, eine Zeit die 1949 endgültig zu Ende ging — seit kurz nach dem Bürgerkrieg.

Trotz der feindseligen Haltung der PSOE und der CNT fährt die PCE in ihren Einheitsversuchen zur Schaffung der „Junta Suprema de Union Nacional“ im November 1942 fort, ihre Ausdehnung erfolgt im gesamten spanischen Staat im ersten Halbjahr 1943, mit Hilfe des Erscheinens lokaler und regionaler Zusammenschlüsse, in denen neben Mitgliedern der PCE militante Sozialisten sitzen, Republikaner, Anar-

Wir verlieren immer mehr den Charakter einer Kirche. Der wissenschaftliche Gehalt unserer Theorie setzt sich gegenüber dem Glauben und der Mystik von der Vorbestimmung durch. Sicher haben wir weder den Mut noch den revolutionären Willen verloren, die Gefahren eines Kampfes einzugehen, der weiterhin persönliche Opfer fordert. Wir sind berufen, die Kraft zu sein, die aus den Katakomben ans Licht emporsteigt und danach trachtet, überall dort an die Regierung zu gelangen, wo das noch nicht der Fall ist. Wir sind überzeugt, daß der Kapitalismus ein Stadium erreicht hat, in dem die materiellen Grundlagen für den Sprung in die sozialistische Gesellschaft herangereift sind, in dem das Bewußtsein von der Notwendigkeit des Sozialismus nicht nur von der engen proletarischen Vorhut beansprucht wird, die dieses Bewußtsein in anderen Epochen monopolisiert hatte, sondern von der Gesamtheit der Kräfte der Arbeit und der Kultur, von sehr breiten sozialen Kreisen. Immer stärker wird der Sozialismus von jeder Nation als der Ausweg für ihre Ent-

wicklung als solche und für die Schaffung einer neuen Welt angesehen, in der die Schranken zwischen Überfluß und Elend überwunden werden . . .

In letzter Zeit wurde in uns fernstehenden Kreisen von „Eurokommunismus“ gesprochen. Der Terminus ist sehr unglücklich gewählt; es gibt keinen Eurokommunismus, weil nichteuropäische kommunistische Parteien wie die japanische nicht unter diesen Begriff eingeordnet werden können. Jedoch ist offensichtlich, daß wir, die kommunistischen Parteien der entwickelten oder hochentwickelten kapitalistischen Länder, einer besonderen Problematik gegenüberstehen. Spezifische Forderungen der Entwicklung des Klassenkampfes in unserem Raum führen uns auf Wege und zu Formen des Sozialismus, die nicht genau die gleichen sein werden wie in anderen Ländern. Das ist eine objektive Tatsache, die wir in Betracht ziehen müssen.

Aus der Rede Santiago Carrillos auf der Konferenz der kommunistischen Parteien Europas in Berlin am 29. 6. 1976.

chisten und sogar Persönlichkeiten der Rechten, wodurch das Modell der kürzlichen demokratischen Zusammenschlüsse um mehr als 30 Jahre vorweggenommen wird. Im Jahre 1943 gründet die PSOE die „Junta de Liberación Nacional“ und 1945 wird zusammen mit den republikanischen Parteien und den anarchistischen Kräften die „Alianza Nacional de Fuerzas Democráticas“ gebildet. Um dem Prozeß zur Vereinheitlichung förderlich zu sein, lösten die Kommunisten die Union Nacional auf und baten um Aufnahme in die Allianz, die ihnen im Juli 1945 zugestanden wurde. Die PCE versuchte gleichfalls, sich an allen republikanischen Regierungen im Exil zu beteiligen, die sich als nationale Konzertation erwiesen, so gehörte der Kommunist Uribe zu der Regierung, deren Vorsitz Negrín 1945 innehatte und Santiago Carrillo zu der v. Giral im Jahre 1946 und Llopis im Jahre 1947. Der kalte Krieg schiebt die PCE wieder an den Rand, aber diese weigert sich, diese Situation zu akzeptieren. 1967 lanciert sie formell den „Pacto por la libertad“, und die „Alianza de las fuerzas del trabajo y de la Cultura“. Von diesem Augenblick an sind die „Mesas democráticas“ zuerst, danach die „Juntas democráticas“ und gegenwärtig die „Demokratische Koordinierung“ die einheitlichen Plattformen der spanischen demokratischen Opposition, an deren Entstehung und Entwicklung die Kommunisten maßgeblichen Anteil hatten.

Kampf um Legalität

Schon sehr früh versucht die PCE, trotz der ungünstigen Bedingungen, auf irgendeine Weise aus der Heimlichkeit hervorzutreten und die traditionelle Strategie der revolutionären Parteien, die auf der Untergrundaktion einer gut eingeschworenen Minderheit beruhte, durch die öffentliche Präsenz und die Mobilisierung der Massen zu ersetzen oder zumindest damit zu kombinieren. Bereits im Jahre 1957 spricht die PCE von der „Kombination der illegalen Arbeit mit den Vorteilen der legalen Konditionen“ und das Vordringen in den Apparat der vertikalen Syndikate — nämlich der offiziellen —, die Schaffung der C. O. und viele andere Aktionen gehören zu dieser Strategie, legale Umkreise zu benutzen und eine de facto Legalität zu schaffen, die sie schließlich ihren Leuten auferlegt und ihren Formationen Bürgerrechte verleiht. Dieser Kampf um die Legalität, in dem sich die PCE weiter befindet, ist in seinen

Zielen und möglichen Folgen mit dem der PCI vergleichbar, um an der italienischen Regierung teilzuhaben.

Die internationale Politik der PCE war vielleicht in einer auffälligeren Weise und zeitweilig unabhängiger, entgegengesetzter der der Sowjetunion als die der PCI. Dies ist insbesondere auf die größere Abhängigkeit zurückzuführen, in der sich die PCE gegenüber der PCUS und der UdSSR im allgemeinen befand, aufgrund ihrer engen Zusammenarbeit während des Bürgerkrieges und infolge ihrer Bedürftigkeit, Konsequenz des Zusammenbruchs 1939, der Unterdrückung, dem Exil usw., die ihr Abrücken offenkundiger machten. Die absolut verurteilende Reaktion beim Einmarsch in die Tschechoslowakei und die ab diesem Zeitpunkt sehr häufigen Stellungnahmen entgegen der Politik und den sowjetischen Interessen, waren daran schuld, daß die UdSSR versuchte, mit der PCE rivalisierende kommunistische Parteien zu bilden, die ihre Haltung geneigt waren. Unter diesen war der Versuch des Generals Lister der aufsehenerregendste, ohne jedoch einen Erfolg zu erlangen, trotz der reichlichen materiellen Mittel, mit denen er allem Anschein nach rechnen konnte.

Die Kommunistische Partei Spaniens ist erklärtermaßen proeuropäisch, nicht nur im allgemeinen Sinn, daß sie sich für den Weg zur Integration interessiert, sondern ganz konkret wegen ihrer wiederholten Erklärungen, sie wolle — sobald Spanien eine pluralistische Demokratie geworden sei — den europäischen kommunitären Einrichtungen angehören: dem Europarat, dem Europäischen Parlament und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Die Presse der PCE ist seit Jahren voll von Artikeln und Erklärungen ihrer Führer, in denen man sich auf diesen Punkt festlegt. Vielleicht aber sind die wiederholten Besuche von Santiago Carrillo, Ignacio Gallego und anderen spanischen Kommunistenführern bei den europäischen Einrichtungen von Straßburg 1975 und 1976 ein handgreiflicherer und sichtbarer Beweis der eurokommunistischen Perspektive, die auch unter diesem Aspekt von der PCE verteidigt wird. Hinsichtlich der amerikanischen Stützpunkte in Spanien bestand die Haltung der spanischen Kommunisten darin, daß die spanische Demokratie zunächst die getroffenen internationalen Vereinbarungen respektieren müsse — folglich die Stützpunkte beibehalten solle —, bis das spanische Volk frei entscheiden würde. Die letztgenannte Haltung der PCE ist — sowohl in diesem Punkt als in dem der Zugehörigkeit zur

NATO — weniger klar als die der PCI, man könnte sagen, sie ist noch nicht ausgeprägt. Einige Äußerungen von Carrillo geben zu denken, daß das Gleichgewicht der Stärke, Garantie des Weltfriedens, eine atlantische Zugehörigkeit fordern würden, aber jenseits der Referenz vor dem souveränen Willen der Spanier, vor der Notwendigkeit, die Abrüstungspolitik fortzusetzen, die Abschaffung aller militärischen Pakte — sowohl des Atlantikpaktes als auch des Warschauer Paktes usw. — die Multipolarität internationaler Zentren gegenüber der jetzigen gefährlichen und manichäischen Bipolarität usw., bleibt das Thema unvollendet.

Wenden wir uns, bevor wir schließen, der demokratischen „intergruppalen“ Praxis der PCE zu, für viele ein deutliches Kriterium, ein Beweis für die Authentizität der Erklärungen und des demokratischen Willens des hispanischen Kommunismus. Die Kommunistische Partei ist weiterhin unbestreitbar streng zentralistisch in ihrer Struktur und in ihrem Wirken. Natürlich haben die besonderen spanischen Bedingungen, wie die Heimlichkeit und die Bedrohung durch das Franco-Regime die Demokratisierungsprozesse nicht gefördert, sondern ganz im Gegenteil; außerdem ist die PCE die einzige historische Partei Spaniens, die, wenn auch nur formell, angeschlossene Parteien, in föderativer Form, besitzt, wie die Partido Socialista Unificado de Cataluña — Bezeichnung der katalanischen kommunistischen Partei —, die Kommunistische Partei von Euzkadi und die Partido Comunista Gallego. Dennoch richtet sich gegenwärtig die PCE nach wie vor nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus, und obwohl die Basis stets in Betracht gezogen wird, sind es doch die Führungsorgane, welche alle Entscheidungen treffen. Vielleicht hat die Transformation des organischen Schemas der Partei begonnen, den Richtlinien der traditionell demokratischen folgend, in den letzten Wochen, mit der Substitution der Zellen durch Sektionen, und dies könnte der erste Markstein sein auf dem Weg zu einer wirklichen und authentischen inneren Demokratisierung der Partei. Angesichts der Unmöglichkeit, im voraus Beweise anbieten zu können, daß auf der Machtebene des Staates die PCE sich im Einklang mit ihren demokratisch-pluralistischen Erklärungen verhalten wird, ist die Erstellung eines wirklichen Pluralismus im Leben der Partei der einzige unwidersprechliche Beweis, die einzige ausreichende Annahme für deren Glaubwürdigkeit, innerhalb der angenommenen Linie.

Sonderfall portugiesische KP

Arnold Hottinger, geboren 1926 in Basel, studierte Spanisch, Arabisch und Italienisch. Dr. phil. Zürich 1952; war Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung und des Schweizer Radios in Beirut von 1957 bis 1960; ab 1961 nur noch für NZZ; seit 1968 Korrespondent für die gleiche Zeitung in Madrid für Iberische Halbinsel und arabische Staaten. Publikationen: Spain in Transition, Francos Regime; Prospects and Policies, 1975; Spanien in Text und Bild, 1976; SWP AZ 2088 Aufzeichnung betr. Lageentwicklung auf der Iberischen Halbinsel Teil I: Der Umbuch in Portugal; Teil II: Spanien vor dem Übergang, Ebenhausen bei München 1975.

Die Mentalität und politische Haltung der portugiesischen Kommunisten läßt sich aus den Erfahrungen der Partei in den 40 Jahren der Salazarepoche herleiten. Die Partei war von 1927 an illegal. Sie war 1920 gegründet worden. Im April 1929 hatte sie nur 29 „Anhänger“.¹⁾

Ihr erster Generalsekretär, Bento Gonçalves, wurde im November 1935 gefangen genommen und starb 1942 im Konzentrationslager von Tarrafal auf den Kapverdischen Inseln. Alvaro Cunhal, der heutige Generalsekretär der Partei, war seit 1935 Generalsekretär der kommunistischen Jugendbewegung; er hat die Partei 1940 und 1941 neu aufgebaut. Zwischen 1939 und 1948 waren die Beziehungen mit der Sowjetunion und mit allen anderen Bruderparteien unterbrochen; es gab nur Kontakte mit den ihrerseits verfolgten spanischen Kommunisten.²⁾ Alle aufeinander folgenden Parteidirektionen zwischen 1936 und 1939 waren gefangen genommen worden.

Der Wiederaufbau durch Cunhal und seine Kameraden J. Gregorio und M. Guedes erfolgte

¹⁾ Zur Geschichte der PCP vergleiche: Alvaro Cunhal, *Pela Revolução Democrática e Nacional*; editorial estampa, Lisboa 1975 (franz. Ausgabe, Editions Sociales, 1974). Eine Anthologie der Schriften Cunhals, enthält als Anhang einen Abriß der Parteigeschichte und eine kurze biographische Angabe über Cunhal p. 219 ff. Zur frühen Geschichte der Partei: Bento Gonçalves, *a opiniao*, Porto 1976, enthält vier Schriften dieses Dirigenten, Einführung und Würdigung seiner Tätigkeit.

²⁾ Alvaro Cunhal: *A crise politico-militar*, *Discursos politicos* vol 3 Maio/Novembro 1975 Editorial Avante, Lisboa 1976; p. 311.